links

Mitgliedermagazin
der SP Schweiz
November 2025
Ausgabe 221 | CH

Monika Flückiger

Wie Beat Jans die Gleichstellung voranbringt

Jetzt Zivildienst-Referendum unterschreiben!

Zukunfts-Initiative: Superreiche gefährden Demokratie und Klima

SP

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
alle dazwischen und darüber hinaus

Gleichstellung ist und bleibt zentral für die SP. Das zeigt sich auf höchster Ebene: Bundesrat Beat Jans – als Justizminister auch für Gleichstellung zuständig – beleuchtet im Interview, welche Massnahmen er gegen häusliche Gewalt und Femizide aufgleisen konnte. Und weshalb es uns Sozialdemokrat:innen derzeit besonders braucht. Das Interview findest du auf Seite 6.

Und es zeigt sich auch in unseren Sektionen, wo derzeit landauf, landab Parlamentarier:innen aus Bundesbern zusammen mit den Sektionen über die Eckpfeiler unserer Gleichstellungspolitik diskutieren und über unsere Kita-Initiative sprechen.

Die Abstimmungsvorlagen vom November – vorgestellt ab Seite 4 – bilden den Auftakt zu einer Reihe von Vorlagen, über die wir in den nächsten zwölf Monaten abstimmen werden. Heisse Diskussionen zur Individualbesteuerung, Anti-SRG-Initiative oder der SVP-Kündigungsinitiative («10-Millionen-Schweiz») sind programmiert. Am Parteitag von Ende Oktober fassten wir die entsprechenden Parolen. Schon jetzt ist klar: Die Abstimmungskämpfe werden kein Spaziergang. Wappnen wir uns schon heute dafür! Mehr zu den einzelnen Themen findest du auf den kommenden Seiten.

Ich wünsche eine anregende Lektüre.

Mit solidarischen Grüsse

Pia Wildberger

Inhalt

4 **Warum die JUSO-Initiative für eine Zukunft alles andere als radikal ist**

5 **Warum die Service-citoyen-Initiative eine schlechte Idee ist**

6 **«Ein starker Mann löst seine Probleme ohne Gewalt»**
Wie es Beat Jans gelingt, im Bundesrat Gleichstellungsthemen voranzubringen

9–12 **Berichte aus den Kantonen**

13 **Gute Frage zur Anti-SRG-Initiative**
Wir beantworten Fragen von Leser:innen

14 **F-35: Ein Absturz mit Ansage**
Rezension zum neusten Buch von Nationalrat Pierre Fridez

15 **Referendum: Retten wir den Zivildienst!**

16 **Kochen fürs Klima: Soul Food für Bodenständige**

18 **5 Fragen an Neumitglied Michael Graff,**
emeritierter Wirtschafts-professor in Zürich

19 **Anlässe der SP Schweiz, SP Zürich, von Movendo und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung**

20 **Bildungsangebote der SP Schweiz und der SP Zürich**

IMPRESSUM Herausgeberin: SP Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Telefon 031 329 69 69 | Erscheint 6 Mal pro Jahr, Auflage: 38 221 | Abonnementspreise: Für Mitglieder der SP Schweiz gratis | Adressänderungen/Abo: abo@spschweiz.ch | Redaktion: Pia Wildberger (Chefredaktion), Niels Kruse (SO), Livia Diem (BS), Yasmine Perrinjaquet (BL), Céline Thommen (BE), Esther Schmidt (AG), Nick Schwery (LU), Yves Müller (TG), Vera Zotter (Region Bern), Leo Camenzind (SZ), Urs Geiser (Korrektor) | E-Mail Redaktion: links@spschweiz.ch | Gestaltung/Produktion: Atelier Bläuer, Bern | Druck: AZ Druck Aarau | Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. Oktober 2025. Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 15. Januar 2026 | Gedruckt auf Recyclingpapier aus der Schweiz.

gedruckt in der schweiz

Massimo Piccoli

Historischer Sieg

SP Tessin begrenzt Krankenkassenprämien auf die 10-Prozent-Marke

Die SP Tessin feierte Ende September einen historischen Erfolg: Die Stimmbevölkerung nahm ihre kantonale Initiative für eine 10-Prozent-Obergrenze bei Krankenkassenprämien klar an. Damit ist im Tessin erstmals sichergestellt, dass keine Familie mehr als 10 Prozent ihres Einkommens für die Prämien ausgeben muss – ein Meilenstein für Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

Homeoffice

Ständig erreichbar und mehr Sonntagsarbeit?

Auf Initiative der FDP hat der Nationalrat das Arbeitsrecht für Homeoffice massiv aufgeweicht: Künftig soll der tägliche Arbeitszeitrahmen auf 17 Stunden ausgedehnt werden – von frühmorgens bis spätabends. Zudem soll an neun Sonntagen pro Jahr ohne Bewilligung gearbeitet werden dürfen. «Eine krasse Deregulierung, die als Flexibilisierung getarnt ist», kritisiert Co-Präsident Cédric Wermuth. «Das fördert ständige Erreichbarkeit und gefährdet die Gesundheit.» Studien belegen, dass überlange Arbeitszeiten das Risiko für Herzkrankheiten, Schlaganfälle und psychische Belastungen erhöhen. Wir werden die Vorlage bekämpfen – für faire Arbeitsbedingungen und echten Schutz vor Ausbeutung!

Witwenrenten

Gegen die Streichung laufender Renten

Nach dem Abbau der Witwenrente folgt der nächste Schlag: Witwen und ihre Kinder sollen künftig weniger Unterstützung erhalten – und so pensionierten Ehepaaren eine höhere AHV-Rente finanzieren. Das hat der Nationalrat entschieden. Selbst laufende Witwenrenten sind vor diesem massiv ungerechten Abbau nicht sicher. So werden Menschen, die bereits mit dem Verlust ihres Partners leben müssen, zusätzlich in finanzielle Unsicherheit gestürzt. Der Ständerat muss hier nun korrigieren. Wir setzen uns weiter für eine gerechte, solidarische Lösung ein, die die soziale Sicherheit von Kindern und hinterbliebenen Elternteilen schützt.

Aufenthaltsrecht

Kommission: Armut bleibt strafbar

Trotz klarer Zustimmung von National- und Ständerat sowie einer Mehrheit in der Vernehmlassung blockiert die Staatspolitische Kommission des Nationalrats die Umsetzung der Initiative «Armut ist kein Verbrechen» und beantragt ihrem Rat die Abschreibung der parlamentarischen Initiative. Menschen ohne Schweizer Pass, die unverschuldet in Armut geraten und Sozialhilfe beziehen müssen, sollen weiterhin ihren Aufenthaltsstatus verlieren können. Aus Angst vor Wegweisung verzichten daher viele auf Unterstützung. Der Nationalrat muss den Entscheid seiner Kommission korrigieren und auf die Vorlage eintreten! Wer seit zehn Jahren rechtmässig hier lebt, verdient im Notfall Schutz – nicht Bestrafung.

SP Schweiz

Initiative für eine Zukunft

Radikal ist nicht die JUSO-Initiative – radikal sind die heutigen Verhältnisse

Die enorme Ungleichheit ist eine Gefahr für Demokratie und Klimaschutz. Mit der «Initiative für eine Zukunft» wollen die JUSO das Problem an der Wurzel packen. Stimmen wir darum Ja zur Initiative der Jungpartei.

Cédric Wermuth, Nationalrat AG
und Co-Parteipräsident

Weisst du, wann sich die britische Insel vom europäischen Kontinent gelöst hat? Vor rund 450 000 Jahren. Etwa so lange müsste man mit einem Schweizer Medianlohn von 85 000 Franken pro Jahr arbeiten, ohne je etwas auszugeben, um das Vermögen des reichsten Übereichen in der Schweiz zu erreichen: Gérard Wertheimer, Besitzer mehrerer Luxusmarken, geschätzte 38 Milliarden Franken schwer.

Die Reichen werden immer reicher

Diese Dimensionen der Ungleichheit sind schlicht enorm. Die 300 Reichsten in der Schweiz haben ihr Vermögen in den letzten 20 Jahren verdoppelt – auf heute 833 Milliarden Franken. Rund 80 Prozent dieses Geldes ist nicht erarbeitet, sondern geerbt. Jedes Jahr werden über 100 Milliarden Franken vererbt, zwei Drittel davon gehen an die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung. So entsteht eine Schicht, die kaum noch etwas mit der Lebensrealität der Mehrheit zu tun hat. Während für viele die Krankenkassenprämien explodieren und die Löhne stagnieren, wächst der Reichtum ganz oben laufend weiter.

Diese zunehmende Konzentration von Vermögen gefährdet unsere Demokratie. Weltweit kontrollieren Superreiche zentrale Medienplattformen wie X, TikTok, Facebook oder Instagram – und immer mehr auch klassische Medien. In der Schweiz finanzieren Vermögende teure Kampagnen, Parteispenden und Zeitungsübernahmen. Wer über solch enorme Mittel verfügt, hat überproportionalen Einfluss auf Politik und Meinungsbildung – das

Klimasünder #1: Superreiche

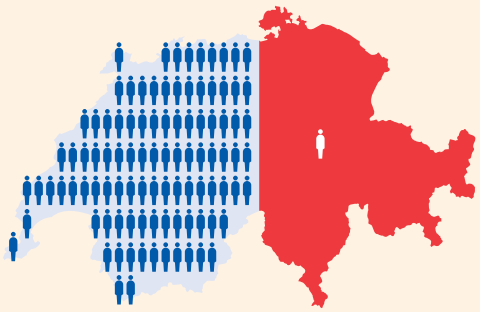
Erbschaften über 50 Mio. Franken sollen mit 50 Prozent besteuert werden – für mehr Klimaschutz. 0,05 Prozent der Bevölkerung oder 2000 Erbschaften – so viele sind in der Schweiz überhaupt potenziell betroffen.

ist ein Problem für eine lebendige Demokratie.

Superreiche belasten Umwelt enorm

Auch fürs Klima ist diese Ungleichheit fatal. Während der CO_2-Ausstoss der Mittelschicht seit 1990 stabil blieb, ist er beim reichsten Prozent explodiert: Superreiche verursachen heute rund 180 Tonnen CO_2 pro Kopf – 50 Prozent mehr als vor 30 Jahren. Hinter dieser tristen Bilanz stecken Privatjets, Luxusautos und klimaschädliche Investitionen. Während viele Menschen ihren Alltag nachhaltiger gestalten, wächst der ökologische Fussabdruck der Reichsten ungebremst.

Die JUSO Schweiz, die Jungpartei der SP, schlägt deshalb eine Erbschaftssteuer ab 50 Millionen Franken vor: 50 Prozent auf den Betrag darüber («Initiative für eine Zukunft»). Bei einem Erbe von 70 Millionen Franken wären also 10 Millionen Franken abzugeben. Gegner:innen nennen das «radikal». Doch in Wahrheit ist es eine liberale Idee: Niemand leistet etwas fürs Erben – es ist schlicht Zufall der Geburt. Radikal ist also nicht die Steuer – sondern die heutige Ungleichheit. Und ihre Verteidigung wider jede Vernunft.



1 Prozent der Bevölkerung gehört 45 Prozent des Gesamtvermögens in der Schweiz, 99 Prozent gehört der Rest. Diese Ungleichheit nimmt stetig zu, wirkt sich negativ auf die Kaufkraft der breiten Bevölkerung aus und gefährdet gleichzeitig Demokratie und Klima.

CO_2-Emissionen
der Schweizer Bevölkerung, pro Kopf und Jahr

181,5 Tonnen CO_2 pro Jahr. Mit Megavillen, Superyachten und Privatjets verschmutzen Superreiche das Klima überproportional stark. Zum Vergleich: Die ärmere Hälfte der Bevölkerung stösst pro Jahr durchschnittlich 9,9 Tonnen aus.

Sevice-citoyen-Initiative

Nein zu mehr unbezahlter Arbeit für Frauen

Wir stimmen am 30. November über die «Service-citoyen-Initiative» ab. Die Initiant:innen stellen den Service citoyen als Fördermittel für Zusammenhalt und Gleichstellung dar. Tatsächlich aber würde er bestehende Ungleichheiten verschärfen. Denn die Initiative fordert, dass auch Frauen dazu gezwungen werden einen Dienst zu leisten, obwohl sie nach wie vor jedes Jahr Lohndiskriminierungen in Milliardenhöhe erleiden und einen Grossteil der unbezahlten Care-Arbeit leisten – 61 Prozent ihrer Arbeitszeit entfällt darauf. Die Initiative ignoriert diese Realität und verpflichtet die Frauen zu einem zusätzlichen Zwangsdienst an der Gesellschaft.

Zudem droht Lohndumping. Denn wenn die zusätzlichen Dienstleistenden in den Bereichen Pflege, Bildung oder Betreuung eingesetzt werden können, sinkt der Druck, für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Fachkräfte würden verdrängt – das gefährdet das Personal und die Arbeitsqualität. Letztes Jahr haben 28 000 Frauen eine Lehre abgeschlossen. Sie müssten gemäss Initiative nun zuerst einen schlecht entlöhnten Dienst leisten, anstatt dass sie zu einem vollen Lohn in die Arbeitswelt einsteigen können.

Wer hat noch Zeit für Pfadi & Co.?

Auch das in der Schweiz stark verankerte freiwillige Engagement und das Vereinswesen sind durch die Initiative bedroht. Denn wer zu einem Dienst gezwungen wird, hat weniger Zeit und Energie für ehrenamtliche Arbeit, etwa im Verein, in der Nachbarschaft oder in sozialen Projekten. Engagement lebt von Freiwilligkeit – nicht von Zwang.

Kurz und schlecht: Der Service citoyen vermehrt die unbezahlte Arbeit von Frauen, trägt nicht zur Bekämpfung der Lohndiskriminierung bei und verkennt den finanziellen Wert der unbezahlten Care-Arbeit von Frauen. Mit Freiwilligenarbeit hat das nichts zu tun. Nein zu mehr Ungleichheiten für Frauen, Nein zur «Service-citoyen-Initiative»!

Linda De Ventura & Andrea Zryd, SP-Nationalrätinnen

Monika Flückiger

«Ein starker Mann löst seine Probleme ohne Gewalt»

Was beschäftigt Justizminister Beat Jans neben dem Asylwesen? Zum Beispiel die Gleichstellung, der Kampf gegen häusliche Gewalt, unser Verhältnis zu Europa – Themen, wo es uns Sozialdemokrat:innen heute besonders dringend braucht.

Interview von Pia Wildberger

Viel Einfluss, spannende Arbeit – du bist sicher gerne Bundesrat. Was gefällt dir am Bundesrat-Dasein weniger?
Das stimmt. Meine politische Arbeit ist intensiv und unglaublich interessant, ich mache sie sehr gerne. Was ich schwieriger finde und womit ich nicht gerechnet habe, sind die Abwehrkämpfe, die wir Sozialdemokrat:innen führen müssen. Unsere Werte werden in Frage gestellt. Es gibt global eine starke Welle Richtung Isolationismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und einen wachsenden Männlichkeitswahn in der Politik. In diesen Zeiten ist es umso wichtiger, dass wir nicht nachlassen und Empathie, Menschenrechte, Gleichstellung und Demokratie hochhalten. Uns braucht es jetzt erst recht.

Nachdem du in Basel das Gleichstellungsgesetz lanciert hast, bist du nun auch auf eidgenössischer Ebene für die Gleichstellung zuständig. Welche Pflöcke hast du schon einschlagen können?
Bei der Lohngleichheit bleiben wir dran. Mehr als die Hälfte der Unternehmen erfüllt die gesetzlichen Pflichten bei der Lohngleichheitsanalyse nicht. Deshalb haben wir beschlossen, die Wirkungsanalyse vorzuziehen und aufgrund der Ergebnisse dann weitere Vorschläge zu machen. Es bleibt für mich und, wie ich glaube, auch für die Gesellschaft ein wichtiges Anliegen, dass diese Ungerechtigkeit behoben wird.

Beat Jans

Der 61-jährige SP-Bundesrat führt seit Anfang Januar 2024 das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement. Auf eidgenössischer Ebene ist er damit auch für die Asylpolitik zuständig und wird vor allem von der SVP immer wieder hart angegangen. Wir sprechen im Interview über die Themen in seinem Departement, die viel zu oft in den Hintergrund gerückt werden.

Häusliche Gewalt ist in der Schweiz ein anhaltendes Problem. Die dokumentierten Fälle nehmen zu. Was läuft falsch?
Wir haben hier eine gesellschaftliche Bedrohung, die wir nicht ignorieren dürfen. Für mich ist das neue Opferhilfegesetz ein ganz wichtiger Schritt. Die Vernehmlassung verlief positiv, die Kantone waren sehr unterstützend. Das Gesetz will künftig hohe Standards etablieren: Rund um die Uhr spezialisierte Fachkräfte, optimale medizinische und psychologische Beratung, sofortige Beweissicherung. Und die Kantone haben zusätzlich gefordert, dass es in allen Kantonen Schutzräume gibt für Opfer, die nicht mehr zuhause sein können. Aus meiner Sicht ist das zwingend nötig. Der Bundesrat hat die Botschaft vor wenigen Tagen verabschiedet.

Weshalb nimmt die häusliche Gewalt zu?
Es fehlen abschliessende Analysen. Aber der wachsende Männlichkeitswahn, den ich vorher beschrieben habe, mag eine Rolle spielen. Für mich ist es als Mann und als Polizei- und Justizdirektor wichtig aufzuzeigen, dass Dominanz und Gewalt nie ein Zeichen der Stärke sind. Im Gegenteil: Ein starker Mann löst seine Probleme ohne Gewalt.

Der Femizid ist die Spitze der Gewaltspirale. Du warst in Spanien, wo Gewalt gegen Frauen abgenommen hat. Welche Massnahme hat dich besonders überzeugt?
Der Schlüssel in Spanien ist der gesamtheitliche Ansatz. Das Problem wird als gesamtgesellschaftliche Herausforderung verstanden. Vor allem haben die Behörden mit dem Electronic Monitoring eine innovative Massnahme ergriffen, die die Zahl der Femizide heruntergebracht hat. Spanien hat viermal weniger Femizide pro Kopf als die Schweiz. Auf kantonaler Ebene laufen bei uns erste Pilotprojekte mit dem Electronic Monitoring. Sobald diese ausgewertet sind, können wir diese Massnahme zusammen mit den Kantonen weiter vorantreiben.

In nächster Zeit werden wir vermehrt den Blick nach Europa richten. Soeben wurde die Vernehmlassung zu den Bilateralen III abgeschlossen. Ohne in die technischen Details zu gehen – weshalb sind die Bilateralen Verträge überhaupt so wichtig?
Wenn europäische Länder von Osten militärisch und von Westen handelspolitisch angegriffen werden, ist es wichtig, dass wir zusammenstehen. Es geht um gemeinsame Werte wie Freiheit, Demokratie und Rechtssicherheit. Wenn wir beim Status quo bleiben, laufen die Bilateralen aus und werden nicht aufdatiert. Darum ist das keine Option. Die Bilateralen III sind für die vielen exportorientierten KMUs wichtig. Aber auch für die 470 000 Schweizerinnen und Schweizer, die in der EU leben, für uns Konsumierende, die wir sichere Produkte wünschen, und für unsere junge Generation, der wir beste Forschungs- und Bildungsmöglichkeiten bieten wollen.

> *«Spanien hat viermal weniger Femizide pro Kopf als die Schweiz.»*

Was entgegnest du als Justizminister den Populisten, die behaupten, mit der dynamischen Rechtsübernahme werde die direkte Demokratie untergraben?
Alle unsere demokratischen Rechte bleiben bestehen. Gleichzeitig hat die dynamische Rechtsübernahme auch Vorteile für uns. Für die Unternehmen ist wichtig, dass in der Schweiz und in der EU im Grundsatz die gleichen Regeln gelten. Sie gewinnen dadurch Planungs- und Rechtssicherheit und können ihre Produkte einfacher in die EU exportieren. Zudem findet die dynamische Rechtsübernahme auch nur bei den Themen der bilateralen Verträge statt. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt unserer Beziehungen zur EU. Wir können zu jeder Änderung auch nein sagen. Ganz wichtig für die Menschen in der Schweiz ist zudem, dass wir allfällige Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen und beim Lohnschutz nicht übernehmen müssen.

▶ weiter auf Seite 8

▶ Fortsetzung von Seite 7

Sind sich die Schweiz und die EU uneins, ist ein Schiedsgericht vorgesehen – die SVP nennt das «Fremde Richter». Warum stimmt das nicht?
Im Streitfall entscheidet ein Schiedsgericht. Dieses ist paritätisch zusammengesetzt: gleich viele Richter:innen aus der Schweiz wie aus der EU. Zusammen wählen sie eine Präsidentin oder einen Präsidenten. Wir haben also unsere eigenen Richter:innen, die massgeblich an wichtigen Entscheiden beteiligt sind. Das Schiedsgericht verhängt auch keine Sanktionen, sondern bestimmt, ob Ausgleichsmassnahmen verhältnismässig sind, und sorgt dafür, dass keine Seite im Vorteil ist, weil sie Regeln nicht einhält. Das ist ein klarer Fortschritt.

Gibt es andere Themen, die dich besonders beschäftigen?
Ja, die «Keine-10-Millionen-Schweiz»-Initiative der SVP. Der Bundesrat lehnt sie ab, weil sie keine Lösungen schafft, sondern im Gegenteil grosse Probleme und Herausforderungen mit sich bringt. Sie ist eine Bedrohung für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit und stellt den bilateralen Weg infrage. Schauen wir nach Grossbritannien, was die Aufkündigung der Personenfreizügigkeit gebracht hat: Die Zuwanderung ist nicht gesunken, im Gegenteil. Wirtschaftlich geht es den Menschen mit dem Brexit schlechter, und die Kaufkraft ist besorgniserregend stark gesunken.

Trotzdem: Wer eine bezahlbare Wohnung sucht, sucht häufig vergeblich. Die Infrastruktur ist überlastet. Das sind reale Probleme. Was sagst du diesen Leuten?
Die Wohnungsnot und den Ausbau der Infrastruktur müssen wir ernst nehmen. Der Bundesrat hat entsprechende Begleitmassnahmen getroffen. Ich habe mich zum Beispiel für die Aufstockung des Fonds de Roulement eingesetzt, der den Ausbau des gemeinnützigen Wohnungsbaus ermöglicht. Das ist der richtige Weg – nicht eine Initiative, die den bilateralen Weg zerstören will.

Und worüber hast du dich zuletzt am meisten gefreut?
Über die Fortschritte bei der Revision des Schuld- und Konkursbetreibungsgesetzes. Es geht darum, eine der grössten Armutsfallen – die lebenslange Verschuldung – anzugehen und überschuldeten Menschen auch in der Schweiz eine zweite Chance zu ermöglichen. Die Rechtskommission des Nationalrats hat zugestimmt. Ich habe als Bundesrat Handlungsspielraum. Den versuche ich für uns und unsere Werte zu nutzen.

SP Schweiz

Alpensozis

Von Partisanen und einem Altersheim – Exkursion 2025 der «Alpensozis»

Ende September reisten rund 20 Alpensozis aus allen Himmelsrichtungen ins Tessin. Mit dem Auto, mit dem Velo oder mit dem dauerhupenden Postauto erreichten wir das wunderbar grüne Onsernonetal. Am Abend traf sich die Gruppe zu Apéro und lokalen Spezialitäten – darunter Eselsragout mit Polenta – in der Osteria Bar Amici in Russo. Bei angeregten Gesprächen ging der Abend schnell vorbei. Ein eindrücklicher Höhepunkt war der Auftritt des über hundertjährigen Genossen Armando Ghisalberti, der 1944 als junger Soldat miterlebte, wie bei den «Bagni di Craveggia» am Ende des Onsernonetals 250 italienische Partisanen unter faschistischem Beschuss in die Schweiz flüchteten. Für drei Partisanen, die erschossen wurden, wurden diesen Sommer Stolpersteine verlegt.

Lebensrealität in einem abgeschiedenen Tal
Am Samstagmorgen besuchten wir unter Führung von Beppe Savary-Borioli, Gründer und Kantonsrat, das Centro Sociale Onsernone. Dieses bietet ein Alters- und Pflegeheim sowie medizinische Dienstleistungen für die Bevölkerung – eine eindrückliche Errungenschaft im abgeschiedenen Tal. Der Besuch bot einen guten Einblick in die Arbeit des Personals und Gelegenheit für Gespräche mit den Bewohner:innen. Eine Wanderung rundete die Exkursion ab, die auch nächstes Jahr wieder stattfinden soll.

Die Alpensozis sind eine lose Gruppe der SP-Kantonalparteien der Bergkantone. Wer sich interessiert, kann sich bei Martin Pfister (m-pfi@bluewin.ch) melden.

Internationale Zusammenarbeit

Ständerat blockiert internationale Hilfe

Trotz dramatischer Finanzierungslücken in der humanitären Hilfe hat der Ständerat eine Motion von SP-Ständerätin Eva Herzog abgelehnt, die bescheidene 0,19 Prozentpunkte des Bruttonationaleinkommens mehr für die internationale Zusammenarbeit forderte. Seit dem Wegfall von USAID unter Donald Trump verloren bereits 80 Millionen Menschen den Zugang zu lebensnotwendiger Unterstützung. «Die Schweiz könnte diese Lücke teilweise schliessen, doch der Rat ignoriert die Not», kritisiert Herzog. Der Ständerat setzt auf Passivität – auf Kosten der Ärmsten. Ein Armutszeugnis für die angeblich solidarische Schweiz.

Zynische Einsparungen auf Kosten von Senior:innen

Bei den kommenden Abstimmungen entscheiden wir im Baselbiet ein weiteres Mal über eine Abbauvorlage. Einmal mehr versucht Finanzdirektor Lauber, die Folgen seiner verfehlten bürgerlichen Finanzpolitik auf jene abzuwälzen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Nils Jocher, Tania Cucè, Sandra Strüby-Schaub (Präsidium der SP Baselland)

Das Ergänzungsleistungsgesetz soll revidiert werden, um Kosten zu sparen. Ergänzungsleistungen (EL) unterstützen Menschen, die AHV oder IV beziehen und deren Einkommen nicht zum Leben reicht. Sie greifen, wenn die anrechenbaren Ausgaben höher sind als die Einnahmen. Als Einnahme wird auch ein Teil des Vermögens berücksichtigt. Neu soll dieser sogenannte Vermögensverzehr für Heimbewohnende, die EL beziehen, von 10 auf 20 Prozent verdoppelt werden. Das bedeutet: Das wenige Ersparte, das Betroffene noch haben, wird doppelt so schnell aufgebraucht.

120 Franken weniger pro Monat

Die Ergänzungsleistungen sinken mit der Teilrevision um durchschnittlich 120 Franken pro Monat. Betroffen wären rund 740 Personen. Das sind 37 Prozent aller EL-Beziehenden in Heimen und Spitälern sowie viele IV-Beziehende. Wir erinnern uns: Ergänzungsleistungen erhält nur, wer mit seiner Rente nicht über die Runden kommt. 120 Franken weniger pro Monat ist eine enorme Belastung für diese Menschen, die ohnehin unter steigenden Krankenkassenprämien, Mieten und Lebenshaltungskosten leiden.

Eine Schikane für Seniorinnen und Senioren

Die angeblichen Einsparungen sind verschwindend klein im Verhältnis zum Preis, den die Betroffenen zahlen. Weniger als 3 Millionen Franken pro Jahr fliessen durch diese Leistungskürzungen in die Staatskasse. Das ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Hinzu kommt: Bereits heute werden ausbezahlte Leistungen nach dem Tod von EL-Beziehenden zurückgefordert. Mit dem höheren Vermögensverzehr wird zwar weniger EL ausbezahlt, gleichzeitig fällt aber auch die Rückforderung bei den Erben kleiner aus. Das finanzielle «Einsparpotenzial» der Revision wird also noch weiter schrumpfen.

Entlastung statt Schikane

Das Baselbiet braucht keine zynischen Kürzungen bei den Sozialleistungen auf dem Rücken von Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen. Im Gegenteil: Es braucht gezielte Unterstützung. Etwa durch höhere Prämienverbilligungen, bezahlbare Kinderbetreuung und eine existenzsichernde Sozialhilfe.

Wir müssen uns mit aller Kraft gegen solche Abbauvorlagen wehren. Nur so können wir der kurzsichtigen Finanzpolitik Laubers entgegentreten, die systematisch Leistungskürzungen provoziert, indem sie Steuergeschenke an Menschen mit hohen Vermögen und Einkommen verteilt.

Am 30. November: Nein zur Schikanierung von Seniorinnen und Senioren, Nein zur Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes!

Ein halbes Jahr rechts-bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat

2025 ist es kälter geworden im Grossratssaal. Nicht etwa, weil permanent ein Fenster offen stünde, sondern im Gegenteil, weil die Fraktionen der FDP und SVP bei vielem und für viele Menschen immer mehr verriegeln.

Mia Jenni,
Co-Fraktionspräsidentin SP Aargau,
Obersiggenthal

Zu Beginn der Legislatur, noch vor der ersten Ratssitzung, führte ich im Radio ein Streitgespräch mit SVP-Fraktionspräsident Pascal Furer. Es war klar, dass sie die nächsten vier Jahre bestimmen werden, und ich erinnerte sie an ihre nun staatstragende Rolle.

FDP und SVP im Gleichschritt

Trotz Furers Bejahen muss nach einem halben Jahr festgehalten werden: Nichts und niemand ist der Ratsmehrheit aus SVP/FDP heilig. Dabei sind die beiden Parteien kaum mehr voneinander zu unterscheiden. Die meisten Entscheidungen fallen unisono und ohne Abweichungen innerhalb der beiden Fraktionen. Davon profitiert die SVP, die als Meinungsmacherin aus allen Entscheidungen rausgeht, während die liberale Identität der FDP in rasendem Tempo zerfällt.

Es ist die Pflicht eines jeden Ratsmitglieds, sich für das Wohlergehen des Kantons und dessen Bevölkerung einzusetzen. Davon spüren wir seitens der FDP/SVP-Mehrheit nichts. Stattdessen bauen sie Zugeständnisse und Steuergeschenke an die Reichsten aus und treten nach unten. So bestimmten sie etwa, dass Menschen im Aargauer Asylsystem künftig ihre 10 Franken pro Tag nur noch via Bezahlkarten erhalten sollen. Das kostet den Kanton eine halbe Million und macht allen Betroffenen das Leben noch schwerer. Mit dem Entscheid, dass der Aargau sich für stärkere Grenzkontrollen einsetzen soll, schlagen beide Parteien in die gleiche Kerbe und entlarven zugleich ihre Unehrlichkeit: Auf nationaler Ebene stimmten sie für den Stellenabbau beim Grenzkorps. Ein weiteres Fiasko steht aufgrund des Entscheids der erzwungenen Wiedereinführung von Kleinklassen bevor. Wer diese zusätzlichen Stellen besetzt und wie dafür der Raum zur Verfügung gestellt werden soll, sind dabei noch die einfachsten Fragen. Aber Hauptsache, FDP/SVP können ihre Politik der Separierung auf Kosten der Steuerzahlenden vorantreiben.

Zugenommen haben auch die Standesinitiativen der SVP/FDP. Sei es, dass sich die Aargauer Regierung nun für den Neubau von AKWs einsetzen muss oder dass sie den Autobahnausbau auf nationaler Ebene vorantreiben soll. Lauter politische Themen, die eigentlich von Vertreter:innen des nationalen Parlaments bearbeitet werden. Das zeigt uns zweierlei: Erstens, dass einige Vertreter:innen dieser Parteien wohl lieber in Bern sitzen würden und für sich statt fürs Gemeinwohl politisieren. Und zweitens, dass der Populismus dieser Parteien von oben nach unten weitergegeben wird, ohne dass über die Sinnhaftigkeit einzelner Forderungen, auch mit Blick auf die Arbeit der Verwaltung und der Regierung, nachgedacht wird.

Zeit für Widerstand und Engagement

Es sind bittere Tage im Grossen Rat und es ist Zeit, dass Widerstand unsere Antwort ist. Die vergangenen Monate haben nämlich auch gezeigt, dass breite Kreise der Bevölkerung mit diesem Kurs alles andere als einverstanden sind. Nur äusserst knapp wurden am 18. Mai Steuergeschenke an die Reichsten angenommen, und mit fast 60 Prozent hat die Aargauer Bevölkerung 2024 dem Klimaparagrafen zugestimmt. Es sind also wir – die Bevölkerung, die SP-Mitglieder, ihr –, die als Korrektiv mit anpacken können und müssen. Weil es uns nicht egal sein darf, wenn ein Kanton in die rechte Sosse abrutscht, sondern unsere Pflicht ist, uns zu wehren.

Lena Pallmann und ihr Pianist in «Zeugin der Dunkelheit».

«Zeugin der Dunkelheit» in der Theaterwerkstatt

Lena Pallmann verfasste das Musical «Zeugin der Dunkelheit» als Maturitätsarbeit an der pädagogischen Mittelschule Kreuzlingen. Neben der Note 6 wurde ihr Werk mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet. Am Freitag, dem 24. Oktober, präsentierte sie Auszüge daraus an einer öffentlichen Veranstaltung der SP Thurgau in Frauenfeld.

«Gerade in der heutigen Zeit ist das Thema wieder brandaktuell», betonte Parteipräsidentin Marina Bruggmann in ihrer Begrüssung der über 70 Anwesenden in der Theaterwerkstatt Gleis 5 in Frauenfeld. So leitete sie direkt weiter zu Lena Pallmann, der Autorin des Musicals «Zeugin der Dunkelheit». Dieses handelt von Traudl Junge, der letzten Sekretärin Adolf Hitlers.

Ein Leben tief im Führerbunker

Das Musical spielt vor allem im Führerbunker und fokussiert auf die letzten Momente vor dem Kriegsende. «Wo würd' ich denn hingeh'n und was würd' ich sagen?»: Lena Pallmann zeigt eindrücklich die inneren Wirren eines Menschen, für den das Böse Alltag war. Längst befanden wir uns gedanklich mitten im geschichtlichen Geschehen tief unter Berlin. Steigende Ungewissheit und Angst – bis sich Adolf Hitler das Leben nahm. Für Traudl Junge brach damit eine Welt zusammen.

«Ich weiss nicht mehr, was gut und böse ist»: Lena Pallmanns Darbietung endete mit Traudl Junges Versuch, sich im Leben nach dem Krieg wieder zurechtzufinden. Zweifel an sich selbst mischen sich mit Misstrauen gegenüber der neuen Welt. «Wohin führt der Weg?», fragt sich Traudl ganz zum Schluss des Musicals.

Zu dieser Erzählung inspiriert wurde Lena Pallmann durch das Buch von Traudl Junge selbst, auf welchem auch viele Teile des Films «Der Untergang» von 2004 basieren. Einerseits hat die Geschichte sie schon beim ersten Lesen gepackt. Andererseits ging es der Maturandin auch darum, zu verstehen, wie so etwas passieren konnte.

Der Schrecken darf sich nicht wiederholen

Das Musical «Zeugin der Dunkelheit» will uns die Schrecken der damaligen Zeit in Erinnerung rufen. Es klärt uns aber auch darüber auf, dass hinter gefährlichen Ideologien Menschen stecken, die ihre eigenen Entscheidungen treffen und sich im Leben zurechtfinden wollen.

Traudl Junge fragt sich zuletzt auch: «Wen trifft die Schuld am Ende?». Sie selbst blieb nach dem Ende des Dritten Reiches von einer Haftstrafe verschont. Zu Recht? Werden sich die Gräuel des Zweiten Weltkriegs wiederholen? Die bohrenden Fragen konnten die Zuschauer:innen beim anschliessenden Apéro im Foyer diskutieren. Speziell als Sozialdemokrat:innen ist es unsere Pflicht, auch in der aktuellen Zeit das politische Geschehen genau zu beobachten. Rassistische Ideen oder demokratiegefährdende Strömungen haben darin keinen Millimeter Platz.

Über 70 Zuschauer besuchten das Musical in Frauenfeld.

Neumitglieder-veranstaltung

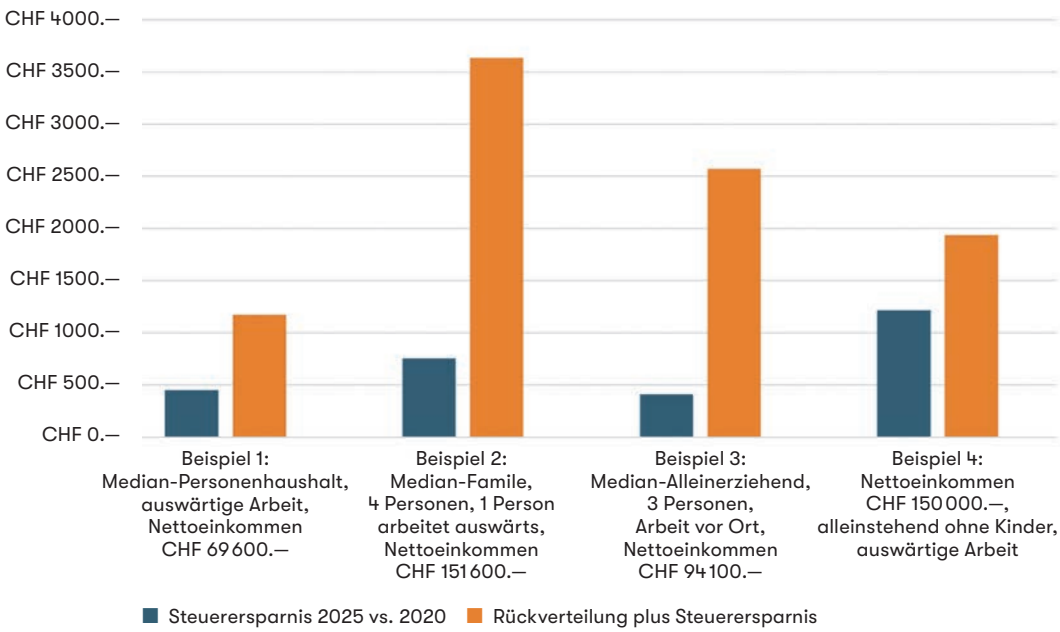
Direkt vor dem Kulturanlass fand die Neumitgliederveranstaltung statt, zur Begrüssung all jener, die 2024 und 2025 zu uns gestossen sind. Mit dabei waren neben rund 20 Neumitgliedern Parteipräsidentin Marina Bruggmann, Nationalrätin Nina Schläfli, Fraktionspräsidentin Barbara Dätwyler, Parteisekretär Yves Müller und Judith Kern, Präsidentin der SP Frauen Thurgau.

Barbara Dätwyler erzählte von der Arbeit in der Fraktion.

Gewinnbeteiligung für alle statt Steuergeschenke für wenige

Statt immer nur die Reichsten sollen jetzt alle Luzerner:innen von den hohen Überschüssen der Stadt profitieren. Dazu hat die SP Stadt Luzern eine Initiative lanciert.

Initiative
alle-gewinnen.ch



Die blaue Säule markiert die Auswirkungen der Steuersenkungen der vergangenen Jahre für verschiedene Beispiel-Haushalte. Die orange Säule zeigt, was sie nach Annahme der Initiative erhalten würden (inklusive der Steuergeschenke). Von der Initiative profitieren alle. Aber im Gegensatz zu Steuersenkungen profitieren jene am stärksten, die am ehesten darauf angewiesen sind.

Simon Roth, Co-Präsident SP Stadt Luzern

In den vergangenen Jahren hat die Stadt Luzern sehr hohe Überschüsse erzielt. Grund dafür sind die stark gestiegenen Gewinne einiger weniger Pharmafirmen, die insbesondere mit Brustkrebsmedikamenten enorme Profite erzielen. Mit den aus der Gewinnsteuer resultierenden Einnahmen hat die Stadt Luzern in den letzten Jahren mehrfach Steuersenkungen finanziert. Aktuell entgehen der Stadt Luzern durch die Steuergeschenke der vergangenen vier Jahre jährlich über 60 Mio. Franken. Während bei Familien von diesen Steuergeschenken kaum etwas ankommt, profitieren Menschen mit hohen und sehr hohen Einkommen stark davon.

Ebenso kontinuierlich, wie die Steuern in der Stadt Luzern in den vergangenen Jahren gesenkt wurden, sind die Mieten und Krankenkassenprämien gestiegen. Für breite Bevölkerungsschichten bedeuten diese Mehrausgaben eine Reduktion des verfügbaren Einkommens, während sie von den Steuersenkungen kaum etwas spüren.

Eine Initiative für alle

Mit unserer Initiative wollen wir, dass alle Menschen in der Stadt von den hohen Überschüssen profitieren, statt dass noch mehr Geschenke an jene verteilt werden, die sowieso schon sehr viel haben. Dazu bekommt jede und jeder einen genau gleich hohen Betrag. Die Summe dieser Beträge ist gleich hoch wie die im Vergleich zu 2020 gewährten Steuergeschenke. Im Jahr 2025 wären das 720 Franken pro Kopf. Eine vierköpfige Familie erhält so 2880 Franken. Mit der gleichmässigen Verteilung der Gewinne wird die Kaufkraft der breiten Bevölkerung endlich wieder gestärkt.

Dass alle Menschen einen Beitrag erhalten, hat verschiedene Vorteile. Einerseits ist der Mechanismus zur Verteilung äusserst einfach und benötigt kaum personelle Ressourcen. Andererseits steigt die Akzeptanz solcher Massnahmen, wenn alle davon profitieren. Das hat beispielsweise die Abstimmung zur 13. AHV-Rente deutlich gezeigt. Die Initiative hat aber trotzdem einen starken Umverteilungseffekt. Dank der progressiven Steuern tragen Gutverdienende überproportional zur Finanzierung bei – sie profitieren also deutlich weniger, als sie es bei einer weiteren Steuersenkung täten.

Nachdem in den vergangenen Jahren Steuersenkungen als nahezu alternativlos dargestellt worden sind, ist es höchste Zeit, dass wir zeigen, dass es gerechtere Alternativen gibt. Genau das machen wir mit dieser Initiative. Die Sammelphase begann am 25. Oktober, und kurz vor Weihnachten werden wir die Unterschriften einreichen.

Für weitere Informationen und zur Anmeldung für die Unterschriftensammlung: alle-gewinnen.ch

Gute Frage

Die Anti-SRG-Initiative bewegt

Daniel B., Luzern
Ich bin etwas verwirrt. Die Entlastung der Haushalte mit der Senkung der SRG-Gebühren sollte doch ein «Win» sein für die SP. Besonders für ärmere Familien stellt die Gebühr eine unverhältnismässig hohe finanzielle Belastung dar.

Stefan G., Schwanden (GL)
Ich bin überzeugt, dass auch mit CHF 200 ein glaubwürdiger Service public möglich ist. Ich denke vor allem an die vielen Leute, denen diese Zwangsgebühr – neben hoher Miete und Krankenkassenprämien – einfach unnötig erscheint, weil sie die SRG selten nutzen.

Lieber Daniel, lieber Stefan

Heute kostet die SRG einen Schweizer Haushalt pro Tag weniger als einen Franken,. Dafür erhalten wir alle unabhängige, mehrsprachige und in allen Regionen zugängliche öffentlich-rechtliche Radio- und Fernsehsendungen. Dieser Service public ist kein Luxus, sondern eine Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie.

Die Initiative «200 Franken sind genug» der SVP will uns eine harmlose Entlastung vorgaukeln, während es sich in Wirklichkeit um einen Aderlass von 750 Millionen Franken handelt, was das Budget der SRG halbieren würde. Es wäre das Ende der Regionalstudios, der lokalen Berichterstattung. Kultur- und Sportsendungen würden durch standardisierte oder ausländische Inhalte ersetzt. 2500 Arbeitsplätze würden verloren gehen, davon fast 1000 in der Westschweiz und fast 500 in der italienischen Schweiz.

Seien wir ehrlich: Die Kaufkraft verteidigt man nicht, indem man ein paar Rappen pro Tag bei der SRG einspart. Man verteidigt sie, indem man missbräuchliche Mieten verbietet, Krankenkassenprämien senkt und für faire Löhne kämpft. So können wir die Kaufkraft der Menschen stärken.

Mit der faktischen Abschaffung der SRG würden noch mehr Menschen sich ausschliesslich über die Sozialen Medien informieren. Doch diese sind allzu oft geprägt von Fake News und Hass. Und die privaten Medienhäuser bauen beim Journalismus immer weiter ab und werden zu einem Einheitsbrei.

Unsere Demokratie mit Wahlen, aber auch vielen Sachabstimmungen braucht starke, unabhängige und verlässliche öffentlich-rechtliche Medien, die über die Mittel verfügen zu recherchieren, Fakten zu ermitteln und jenen Kräften entgegenzuwirken, die die Realität zu ihrem Vorteil zurechtbiegen. Dies muss uns 90 Rappen pro Tag wert sein.

Stell uns deine Frage

Täglich erreichen die SP dutzende Zuschriften mit Fragen von Mitgliedern und Leser:innen. Besonders viele Mails betrafen in den vergangenen Wochen die Halbierungs-Initiative der SVP. Stellvertretend für viele andere haben wir zwei rausgepickt und beantworten sie an dieser Stelle.
Hast du eine Frage an die SP? Schreib uns unter **kommunikation@spschweiz.ch**

Standpunkt

Prämien runter – jetzt!

Während sich die Krankenkassenprämien in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt haben, stagnieren Löhne und Renten. Für immer mehr Menschen wird die Prämienrechnung zur monatlichen Belastung. Gleichzeitig blockiert die rechte Mehrheit im Parlament dringend nötige Massnahmen zur Senkung der Medikamentenpreise – und die Pharmakonzerne fordern trotz Höchstpreisen noch mehr Geld. Dabei zahlt die Schweiz im europäischen Vergleich am meisten für Medikamente. Während die Bevölkerung immer mehr bezahlt, verdienen andere prächtig daran: Der Novartis-CEO kassierte im letzten Jahr 19,2 Millionen Franken.

Die Bevölkerung braucht endlich Entlastung bei den Prämien. Genau hier setzt unsere neue Volksinitiative an: Wir schaffen die ungerechten Kopfprämien ab und gestalten die Finanzierung der Grundversicherung sozialer. Wer mehr verdient, trägt mehr bei – wer wenig hat, wird entlastet. Rund 85 Prozent der Bevölkerung profitieren davon, insbesondere Familien und die Mittelschicht, die heute kaum in den Genuss von Prämienverbilligungen kommen. Finanziert wird dies durch moderate Zuschläge für Spitzenverdienende. Damit orientieren wir uns an der AHV, die dieses Prinzip bereits kennt. Übrigens: Die Initiative will eine klare Obergrenze, damit Einkommensmillionäre die Initiative nicht mit Wegzugsdrohungen gefährden können.

Jetzt ist der Moment, die Prämienlast besser zu verteilen – gerecht, solidarisch und bezahlbar für alle.

Tom Cassee
SP-Generalsekretär

Jonas Zürcher

Özgür Özel am Parteitag in Sursee.

Illustre Gäste am Parteitag

Am Parteitag von Ende Oktober in Sursee fassten wir die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen und lancierten eine neue Krankenkassenprämien-Initiative. Besonderer Gast: der türkische Oppositionspolitiker Özgür Özel.

Am Parteitag von Ende Oktober durfte das SP-Präsidium als Ehrengast Ozgür Özel begrüssen, den Präsidenten der CHP und Gesicht der Opposition, seit der CHP-Präsidentschaftskandidat Ekrem Imamoğlu aus politischen Gründen inhaftiert wurde. In Meinungsumfragen liegt die CHP erstmals vor der Partei von Langzeitherrscher Erdogan. Özel versprühte denn auch Hoffnung, dass die CHP die Türkei in eine freie, sichere und demokratische Zukunft führen werde. «Globale Solidarität ist wichtig für die Demokratie. Wir können den Autoritarismus besiegen, wenn wir zusammenhalten», rief er den Genoss:innen am Parteitag in Sursee zu.

Entscheide und Parolen

Die rund 500 Delegierten fassten zudem die Parolen für die kommenden nationalen Abstimmungen.

- Nein zur SVP-Kündigungsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Co-Fraktionschefin Samira Marti zeigte engagiert auf, wie sich die brandgefährliche Initiative gegen die Personenfreizügigkeit richtet und welch gravierende Folgen eine Annahme hätte.
- Nein zur Anti-SRG-Initiative der SVP! Nationalrätin Brenda Tuosto zeigte in klaren Worten, weshalb wir in der direkten Demokratie die SRG benötigen – und dass eine halbe SRG ihrer Rolle nicht mehr gerecht werden könnte (mehr dazu auf Seite 13).
- Nein zur Service-citoyen-Initiative, die für Frauen zu massiver Mehrarbeit führen würde (mehr dazu auf Seite 5).
- Ja zu einer gerechten Individualbesteuerung.

In zwei Resolutionen zur Situation in Gaza verurteilte die SP den von der israelischen Regierung nach den Terroranschlägen vom 7. Oktober begangenen Genozid aufs Schärfste.

Zu guter Letzt: Als Hauptgeschäft lancierten wir eine neue Initiative für bezahlbare Krankenkassenprämien für alle. Die Unterschriftensammlung startet im neuen Jahr. Die Details dazu findest du auf Seite 13.

F-35 – Absturz mit Ansage

Wie man einen Skandal einkauft

Spitzenbeamte nehmen reihenweise den Hut, aus Washington hagelt es Hiobsbotschaften durch Preisaufschläge in Milliardenhöhe, und wer das Dossier damals verantwortete, sitzt längst nicht mehr im Cockpit – Schleudersitz sei Dank. Was nach Politthriller klingt, ist die Realität im F-35-Dossier und weckt Erinnerungen an den Mirage-Skandal der 1960er-Jahre.

Nun legt der SP-Sicherheitspolitiker Pierre-Alain Fridez mit «F-35 – Absturz mit Ansage» eine akribische Chronik dieser Affäre vor. Fridez rollt die Beschaffungsgeschichte auf und legt Ungereimtheiten schonungslos offen: Ein vom VBS als perfekt gepriesenes Auswahlverfahren entpuppt sich als Flickwerk voller Risse. Der F-35 ist für die Schweiz weder nötig noch geeignet; ein unausgereifter Hightech-Jet voller Pannen und ohrenbetäubendem Lärm. Auch der angebliche «Fixpreis» von sechs Milliarden erweist sich als Fata Morgana – am Ende drohen Milliarden-Mehrkosten, wie jüngste US-Nachforderungen zeigen.

Gezielte Manipulation

Fridez nimmt kein Blatt vor den Mund: Für ihn ist das F-35-Debakel kein Versehen, sondern das Ergebnis gezielter Manipulation. Eindringlich legt er dar, wie die Verantwortlichen den US-Jet regelrecht durchgedrückt haben. Beispiele gibt es reichlich: etwa die «Plausibilitätsprüfung» durch eine externe Kanzlei, der man keinen Zugang zu geheimen Evaluationsdaten gewährte – das teure Gutachten geriet so zur reinen Alibiübung. Noch dreister: Man erwog sogar, sämtliche Unterlagen des Auswahlverfahrens zu vernichten. Bei solchen Enthüllungen reibt man sich nur noch die Augen.

Fridez' Buch ist nicht nur fundierte Analyse, sondern auch leidenschaftliche Intervention. «F-35 – Absturz mit Ansage» ist politisch brisant, aufrüttelnd und von bedrückender Aktualität. Man legt es bereichert aus der Hand und verspürt den Drang, die F-35-Beschaffung doch noch zu verhindern.

Severin Meier, Fachreferent für Aussen- und Sicherheitspolitik der SP-Bundeshausfraktion

F-35 – Absturz mit Ansage, von Pierre-Alain Fridez, erschienen im Rotpunktverlag

Bundesamt für Zivildienst ZIVI

Bitte unterschreibe die beiliegende Referendums-Karte!

Zivis im Einsatz: Sie tragen täglich zum Zusammenhalt und zum Wohl der Schweiz bei.

Retten wir den Zivildienst!

Die eidgenössischen Räte haben eine Revision des Zivildienstgesetzes beschlossen, die den Wechsel vom Militär- zum Zivildienst massiv erschwert. Die SP wehrt sich in einer breiten Allianz per Referendum gegen diese schikanösen Massnahmen.

Die Pläne der bürgerlichen Mehrheit in Bundesrat und Parlament haben weitreichende Folgen: Mit der Gesetzesrevision dürften über 40 Prozent weniger Männer zum Zivildienst zugelassen werden. Das bedeutet: In Bereichen, die bereits heute unter Personalmangel leiden, fehlen künftig dringend benötigte Helfer. Besonders betroffen sind Pflegeheime, Schulen, soziale Einrichtungen und der Naturschutz. Zudem dürfen Medizinstudierende nicht mehr im medizinischen Bereich eingesetzt werden – ein Verlust für das Gesundheitssystem.

Priska Seiler Graf, Nationalrätin ZH und Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission

Schikanöse Massnahmen

Was steckt hinter der Gesetzesrevision? Angeblich soll die Armee gestärkt werden, denn seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine beschäftigen wir uns – zu Recht – wieder bewusster mit der militärischen Sicherheit. Und offenbar betrachtet Bundesbern den Zivildienst heute als Bedrohung für die Armeebestände. Das hat wenig mit der Realität zu tun: Die Armee zählt derzeit mehr Armeeangehörige als gesetzlich erlaubt (Effektivbestand).

Dennoch soll Armeeangehörigen der Wechsel vom Militär zum Zivildienst mit schikanösen Massnahmen erschwert werden. So muss im ersten Jahr nach der Zulassung zum Zivildienst ein langer Einsatz geleistet werden, unabhängig von der privaten Situation. Diese Massnahme ignoriert die Realität junger Menschen, die Ausbildung, Beruf und Familie unter einen Hut bringen müssen. Eine sinnvolle Einsatzplanung, die auch den beruflichen Qualifikationen Rechnung trägt, wird so massiv erschwert.

«Blauer Weg» statt Zivildienst

Die Verschärfungen haben Strafcharakter und werden nicht dazu beitragen, den Militärdienst attraktiver zu machen. Armeeangehörige, die sich zu einem Wechsel in den Zivildienst entschieden haben, dürften einfach vermehrt den «blauen Weg» über die medizinische Ausmusterung wählen. Diese Männer fehlen dann in der Armee und im Zivildienst.

Die Revision ist nur der erste Schritt einer Salamitaktik. Bereits wird in Bundesbern diskutiert, den Zivildienst mit dem Zivilschutz zu einem «Katastrophenschutz» zusammenzulegen, was de facto seine Abschaffung bedeuten würde. Auch wurde im Nationalrat ein Postulat überwiesen, das die Wiedereinführung der Gewissensprüfung verlangt.

Der Zivildienst ist eine Erfolgsgeschichte. Seit seiner Einführung 1996 ist er zu einer Institution geworden, deren Wirken weit über einen Ersatzdienst hinausgeht. Er vermittelt wichtige Lebenserfahrungen, erfüllt wertvolle soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben und stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Aus den vielfältigen Einsatzbetrieben sind die Zivildienstleistenden schlicht nicht mehr wegzudenken. Spitäler, Pflegeheime, Bergbauern und Schulen sind auf die Dienste der Zivis angewiesen.

Anstatt diese Leistung zu würdigen, wird der Zivildienst systematisch geschwächt. Die geplante Reduktion der Zulassungen trifft die Gesellschaft dort, wo sie am verletzlichsten ist.

Darum: Unterschreibe jetzt das Referendum – retten wir den Zivildienst!

«Die Verschärfungen werden nicht dazu beitragen, den Militärdienst attraktiver zu machen.»

Kochen fürs Klima

Essen, das satt macht

Koch Thierry Jungo tischt gerne feinste «Klima-Gerichte» auf, wie das Toast Santa Monica, das er der Links-Redaktion serviert: Soul Food für Bodenständige.

Pia Wildberger

Fotos: Eliane Beerhalter

Wie lässt sich klimafreundlicher kochen? «Mit der Reduktion von Food Waste», sagt Thierry Jungo, Koch aus Düdingen FR, «und das beginnt schon bei der Produktion.» Wenn die geraden Rüebli einen besseren Preis erzielen, schaffen es die krummen gar nicht mehr ins Regal des Detailhändlers. «Der Bauer hat dieselbe Arbeit, bekommt aber weniger dafür – und lässt das B-Gemüse darum auf dem Feld verfaulen.» Thierry plädiert daher entschieden für ein neues Qualitäts- und Kostenbewusstsein von Konsument:innen. «Qualität auf dem Teller muss uns etwas wert sein!»

Nicht nur schont der nachhaltige Anbau die Natur. Gute Qualität macht zudem schneller satt. «Man muss ganz einfach weniger essen», sagt Thierry und vergleicht einen Hamburger aus regionalen, sorgfältig verarbeiteten Zutaten mit denjenigen einer Schnell-Imbisskette, «die weder gut schmecken noch sättigen».

Einheimisches Gemüse vor!

Für Thierry Jungo, 37, steht nicht nur beim Kochen der Mensch im Zentrum. Es ist der soziale Gedanke, der ihn zur SP gebracht hat. «Bei der SP ist Geld nicht alles, sondern man interessiert sich für die Menschen.» Vier Jahre lang hat er im Gemeindeparlament von Düdingen mit dieser Haltung die Werte der SP vertreten.

Bis zur Pandemie arbeitete Thierry als Koch, mit Stationen in der Spitzengastronomie ebenso wie in Personalrestaurants. Auch heute – nach einer Zweitlehre als Heizungsinstallateur – ist Kochen neben Skifahren seine grosse Leidenschaft. «Für Freunde, für die WG.» Für beste Qualität der Zutaten legt er gerne selbst Hand an: Er kauft das frisch erlegte Wild direkt vom Jäger und beint es selbst aus. Oder er verbringt einen Sonntag in der Küche mit Wursten. Oder rüstet einen Abend lang vor dem Fernseher zu einem Eishockey-Match Rosenkohl – «eine dieser einheimischen Gemüsesorten, die zu wenig Beachtung finden».

Überhaupt plädiert Thierry in Sachen Klima für eine einfache, saisonale Küche. Es muss nicht Seitan oder Tofu sein, und schon gar nicht Eglifilet aus Estland oder Trauben aus Indien. «Ein Pilzrisotto oder Ofengemüse sind auch einfach gut.»

Oder ein Toast Santa Monica, das herzhaft schmeckt, ausgewogen ernährt und so die Seele wärmt.

Essen ist politisch!

Unsere Ernährungsweise ist für rund ein ganzes Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für den Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das als Kraftfutter für Tiere dient. Ein Teil der Ernte landet zudem im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an. Doch dagegen lässt sich etwas tun. Renommierte Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.

Toast Santa Monica

Zutaten für 4 Personen

- 4 Scheiben Sauerteig- oder Ruchbrot
- 1-2 Birnen, z. B. Conférence
- 1 grosse Ochsenherztomate
- 500 g frischer Blattspinat
- 6 – 7 Kartoffeln
- 4 Eier
- 4 Schalotten
- 4 Knoblauchzehen
- 2 – 3 TL Honig
- Olivenöl, Apfelessig, Muskat, Salz und Pfeffer, Holl-Rapsöl

Zubereitung

1. Mise en place: Birne in feine Scheiben schneiden, beiseitestellen. Falls die Birne noch Biss hat und zu wenig süss ist, in Honigwasser einlegen: Wasser mit Honig erwärmen und über die Birnen giessen. Kartoffeln schälen und mit einem scharfen Messer in feine Alumettes schneiden, in leicht gesalzenes Wasser einlegen. Spinat rüsten, waschen und beiseitestellen. Schalotten und Knoblauchzehen fein hacken, beiseitestellen. Tomate in dünne Scheiben schneiden, beiseitestellen.
2. Brotscheiben mit etwas Olivenöl besprühen und Pfeffer darüber streuen. Bei 200 Grad Umluft im Ofen oder in der Pfanne toasten.
3. Kartoffel-Alumettes aus dem Wasser heben und auf Küchenpapier abtropfen. Rapsöl (ca. 4 – 5 cm hoch) in der Pfanne auf ca. 160 Grad erhitzen, Alumettes portionenweise hineingeben und regelmässig mit der Fleischgabel wenden wenden, damit sie nicht aneinander kleben bleiben. Die Alumettes einige Minuten lang goldbraun frittieren. Aus dem Öl heben und auf einem Küchenpapier abtropfen lassen. Das Öl in ein sauberes Gefäss absieben und für späteren Gebrauch beiseitestellen.
4. Schalotten und Knoblauch in wenig Öl anziehen, nassen Spinat zugeben und umrühren. Kräftig salzen, mit etwas Wasser ablöschen und Muskat beifügen, bis der Spinat zusammenfällt
5. Wasser in Pfanne erwärmen, etwas Apfelessig beigeben. Eier pochieren. (Alternativ ein Glas halb mit Wasser füllen, das Ei darin aufschlagen und in der Mikrowelle pochieren.)
6. Anrichten: Toast mit Birne, Tomate, Spinat und Ei belegen, darüber «Kartoffel-Heu» geben. En Guete!

Ein Haus an die nächste Generation weitergeben

In vielen Fällen ist das eigene Haus im Alter irgendwann zu gross – und oft möchte es eines der Kinder übernehmen. Doch wie lässt sich ein Haus gerecht unter mehreren Kindern aufteilen?

Marianne Ott, Rechtsanwältin in Winterthur

Im Pensionsalter stellen sich für viele ähnliche Fragen: Sie möchten die zu gross gewordene, selbstbewohnte Liegenschaft an ihre Nachkommen weitergeben – und das nicht erst, wenn das «Kind» selbst im AHV-Alter steht. Sondern bereits dann, wenn der Sohn oder die Tochter eine Familie plant oder aus anderen Gründen mehr Platz braucht, aber sich ein fremdes Eigenheim nicht leisten kann. Häufig wollen die Eltern ihr Haus deshalb nicht zu einem teuren Marktpreis, sondern zu einem reduzierten «Familienpreis» oder sogar unentgeltlich der nächsten Generation überlassen.

Das kann im Moment sinnvoll sein. Oft kommt es jedoch später, typischerweise nach dem Tod der Eltern, unter Geschwistern zu Streit. Bei der Erbteilung stehen dann nicht die vielleicht 100 000 Franken im Zentrum, um die das Haus seinerzeit günstiger überlassen wurde. Vielmehr geht es um die Anteile an der inzwischen eingetretenen Wertsteigerung. Denn vielerorts ist der Wert von Wohnliegenschaften in den letzten 20 Jahren um 100 Prozent gestiegen. Es kann also um grosse Beträge gehen.

Der gerechte Ausgleich

Grundsätzlich ist dieser ökonomische Vorteil bei der Erbteilung auszugleichen. Das entspricht dem gerechten erbrechtlichen Grundsatz, wonach Geschwister untereinander gleichzustellen sind. Der Ausgleich kann jedoch dazu führen, dass der ursprünglich begünstigte Nachkomme in Schwierigkeiten gerät, wenn dieser Ausgleich tatsächlich bezahlt werden muss.

Die Eltern haben verschiedene Möglichkeiten, das Problem zu entschärfen und eine für alle Kinder faire Lösung zu finden: Sie können im Testament oder Erbvertrag festlegen, dass für den Erbvorbezug im Zusammenhang mit der elterlichen Liegenschaft nur eine beschränkte oder keine erbrechtliche Ausgleichung unter den Geschwistern erfolgt. Im Gegenzug können sie den Geschwistern ein Gewinnanteilsrecht einräumen, falls das übernehmende Kind das Elternhaus an Dritte verkauft und damit die Wertsteigerung tatsächlich realisiert.

Gespräch zu Lebzeiten

Wichtig ist, dass sich die Eltern der Problematik bewusst sind und sich überlegen, wie sie den Spagat zwischen Gleichbehandlung der Kinder und praktischer Umsetzbarkeit am besten lösen. Es ist hilfreich, wenn Eltern ihre erbrechtliche Planung zu Lebzeiten mit den Nachkommen besprechen. Was in der Familie diskutiert und den Nachkommen im Gespräch erklärt wurde, wird besser aufgenommen und später – wenn die Eltern nicht mehr gefragt werden können – eher akzeptiert. Das beugt auch Meinungsverschiedenheiten vor.

Vorsorgen einfach erklärt

Weshalb lohnt es sich, einen Vorsorgeauftrag und eine Patientenverfügung aufzusetzen? In welchem Fall ist es sinnvoll, ein Testament anzufertigen oder in einem Notariat einen Erbvertrag zu hinterlegen? Die SP Schweiz bietet am 19. November mit Fachpersonen einen Überblick über die Vorsorgeregelungen in rechtlicher, gesundheitlicher und finanzieller Hinsicht an (Online-Anlass von 19.30 bis 21 Uhr).
Hier geht's zum Anmeldeformular: **www.spschweiz.ch/vorsorgen-einfach-erklaert-online**

Für Fragen steht unsere Spezialistin für Legate Regula-Sibylle Schweizer unter der Nummer 031 329 69 87 gerne zur Verfügung. Du kannst jederzeit auch unseren Legate-Ratgeber kostenlos bestellen. Er erklärt die wichtigsten Fragen rund um Erbschaften und weist auf mögliche Stolpersteine hin.

Pia Wildberger

5 Fragen

an Neumitglied
Michael Graff, Zürich

1. Du bist emeritierter ETH-Professor für Ökonomie. Was hat dich zur SP gebracht?

Unter den schweizweit aktiven Parteien ist die SP die einzige mit marxistischen Wurzeln und einer Verankerung in der Arbeiterbewegung. Zudem hat sie sich von ihrem historischen Erbe nicht so schamlos verabschiedet wie andere europäische Sozialdemokratien. Wer in der Schweiz linke Politik stärken will, sollte in der SP mitmachen. Konkret gab's einen Aufruf: Die SP suchte in der Stadt Zürich Gemeinderatskandidaten. Ich wollte selbst keinen vorderen Listenplatz – ich bin seit kurzem pensioniert und geniesse es, über meiner Zeit freier verfügen zu können. Aber im Wahlkampf zu helfen, um die linke Mehrheit zu halten oder sogar auszubauen, das mache ich gerne.

2. Was sind deine wichtigsten Anliegen?

Internationalismus, Armeeabschaffung und Klima. Linke Politik muss internationalistisch sein – ohne Heimattümelei oder Inländervorrang. Das Ziel ist eine Welt mit offenen Grenzen. Ich möchte diesen Flügel in der SP stärken.

Die SP hat historisch auch die Armeeabschaffung im Programm. Heute ist das schwierig – viele, auch Linke, wollen der Armee sogar mehr Mittel geben. Aber eine Welt ohne Armee bleibt für mich ein zentrales Ziel. Neben der Armee ist das Klima die zweite Überlebensfrage. Überall geht Geld in Rüstung, während nichts für die Rettung des Planeten da ist.

3. Wo besteht in der Klimapolitik eine Handhabe?

Der Kapitalismus kann das Problem nicht lösen. Die Umwelt wird als kostenloses Rohstoff- und Mülllager benutzt. Sobald Massnahmen echte Verhaltensänderungen erzwingen, gibt es riesigen Widerstand. Dann knicken alle Politiker ein. Es braucht einen Systemwechsel. Ich unterstütze darum die JUSO bei ihren Initiativen.

4. Wo engagierst du dich konkret?

Ich bin aktiv in der Finanz- und Wirtschaftskommission der SP des Kantons Zürich und Mitglied in der SP 60+. In Zürich engagiere ich mich in der SP Kreis 4. Es ist ein gutes, offenes Milieu.

5. Was erwartest du von der SP?

Dass sie sich auf ihre Wurzeln besinnt und den Internationalismus nicht aufgibt. Dass sie die Armeeabschaffung nicht aufgibt. Dass sie nicht nur auf die Schweiz schaut, sondern auf die Menschheit. Wir Linken sind in der Schweiz in der Minderheit – strukturell. Aber wir dürfen die grossen Ziele nicht aus den Augen verlieren.

Interview Pia Wildberger

Michael Graff, 66, Soziologe und Ökonom, emeritierter Professor, arbeitete von 2007–2024 für die Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich.

Doppelausstellung

Willi Ritschard: Zwei Ausstellungen, eine Geschichte

Ab 14. November 2025 zeigt das Historische Museum Olten zwei spannende Ausstellungen: «Willi Ritschard. Volksnah, charismatisch, sensibel» würdigt den ersten Arbeiter im Bundesrat – eine Hommage an den Solothurner Sozialdemokraten und seine prägende Rolle in der Schweizer Demokratie. Parallel dazu spannt die Ausstellung «sozial & sicher» den Bogen von frühen Hilfsnetzwerken bis zur Abstimmung über die 13. AHV-Rente. Beide Ausstellungen verbinden sich an überraschenden Punkten und laden bis 19. April 2026 zum Entdecken ein.

Bundeshaus-Podcast auf Tournee

meyer:wermuth kommt in deine Stadt!

Wolltest du schon immer mal live dabei sein, wenn das Co-Präsidium seinen beliebten Podcast einspielt? Nach dem Grosserfolg im Frühling geht meyer:wermuth im Herbst wieder auf Tournee und bringt in mehreren Städten die spannendsten Hintergrundgeschichten aus dem Bundeshaus auf die Bühne. Sei dabei, wenn sich Mattea und Cédric mit Witz und Tiefgang gegenseitig auf die Probe stellen – und das Publikum die Gesprächsthemen mitbestimmt. Sichere dir am besten jetzt gleich dein Ticket für den Abend in Zug, Zürich oder Bern.

Partnerangebote

MOVENDO
Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Weiterbildung für alle!
2026 ist für Movendo ein besonderes Jahr: Wir feiern unser 25-Jahr-Jubiläum – ein Vierteljahrhundert Weiterbildung, Solidarität und gewerkschaftliche Begegnungen. Mit dem Bildungsinstitut Movendo unterstützt deine Gewerkschaft die zentrale Forderung «Weiterbildung für alle!».* Laufend aktualisiertes Kursprogramm auf www.movendo.ch

Wem gehört die Macht? Ein Grundlagenkurs zum politischen System der Schweiz
Kurs Nr. D2.1.2612
9. – 10. Februar, Muri b. Bern
Kursleitung: Tamara Funiciello, Florian Vock
Wie funktioniert unsere Demokratie? Wer hat Macht? Und wo kann ich mich einbringen und mitbestimmen? Der Kurs erklärt das politische System der Schweiz anhand aktueller Themen. Mithilfe praktischer Beispiele entwickeln wir Ideen, wo und wie du mitreden kannst. Der Kurs richtet sich an Personen, die wenig Vorwissen mitbringen und einen Einstieg in politische Diskussionen finden möchten.

Webinar – kostenlose Teilnahme
18. Februar 2026, 19.30 – 20.45
Wirtschaftspolitik verstehen – Löhne sichern! SGB-Chefökonom Daniel Lampart ordnet ein
Dieses Webinar richtet sich an alle, die wirtschaftspolitische Zusammenhänge besser verstehen wollen. Geht es um Löhne oder Arbeitszeiten, um Krankenkassenprämien, die Politik der Nationalbank, die Finanzierung der Altersvorsorge oder um die Beziehung zu Europa: Immer stehen Fragen der Wirtschaft bzw. der Wirtschaftspolitik im Zentrum.

Anmeldung online,
per Mail oder per Telefon
www.movendo.ch
info@movendo.ch
058 218 00 00

* Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen.

ANNY KLAWA-MORF
Stiftung Fondation Fondazione

Was wiegt schwerer: Geld oder Klima? Auf Spurensuche im Schweizer Finanzplatz
Donnerstag, 13. November 2025, 18.30 Uhr, Bonlieu Genossenschaft, Raum Rosa Luxemburg, Zürich
Wie nachhaltig ist der Schweizer Finanzplatz wirklich? Expert:innen aus Wissenschaft, Journalismus und Zivilgesellschaft diskutieren die Klimawirkung von Investitionen, beleuchten den CO_2-Fussabdruck von Finanzströmen und hinterfragen die Verantwortung und Transparenz von Pensionskassen. Es diskutieren: Olivier Christe (WAV Recherchekollektiv), Lea Trogrlić (Umweltökonomin), Dr. Dominik Boos (ZHAW)

Jenseits politischer Mythen – wie Erzählungen Politik verzerren
14. Januar bis 11. März, online
Ob Neutralität, Migration oder Klimapolitik – kaum ein Politikfeld bleibt von Mythen verschont. Populäre Bilder und einfache Erzählungen prägen Debatten, lenken von Machtinteressen ab und verhindern eine faktenbasierte Auseinandersetzung. Eine neue Gesprächsreihe von Denknetz und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung zu populären Behauptungen und Irrtümern in der (Schweizer) Politik. Mit alt Nationalrat Jo Lang, Co-Parteipräsident Cédric Wermuth, Vanessa Vuille (Université de Lausanne), Dana Schmalz (Max-Planck-Institut, Heidelberg) und Pascal Zwicky (Denknetz).

Anmeldung und
weitere Informationen
anny-klawa-morf.ch

Agenda

Anlässe für SP-Mitglieder

DI, 11. November 2025
SP60+ Atelier zur Zukunft des Gesundheitssystems, Lausanne

DO, 13. November 2025
Gestern & heute: Die Rolle der Schweiz bezüglich Sklaverei und Kolonialismus, online

SA, 15. November 2025
Delegiertenversammlung SP Migrant:innen, Bern

MI, 19. November 2025
Vorsorgen einfach erklärt, online

FR, 21. November 2025
Delegiertenversammlung SP60+, Bern

SA, 22. November 2025
Nationale Kundgebung des Gesundheitspersonals, Bern

FR, 28. November 2025
Parteiratssitzung, Bern

SA, 24. Januar 2026
Delegiertenversammlung der SP 60+, Bern

SA, 7. Februar 2026
Mitgliederversammlung SP Frauen, Bern

SA, 28. Februar 2026
Parteitag in Biel

FR, 27. März 2026
Parteiratssitzung, online

Aktuelle Infos unter
www.spschweiz.ch/veranstaltungen

Bildungsangebote

Die Rolle der Schweiz in Sklaverei und Kolonialismus

13. November 2025
19.30 – 21 Uhr, online
Mit Hans Fässler (Historiker) und Jovita dos Santos Pinto (Kulturwissenschaftlerin)

Die koloniale Vergangenheit der Schweiz ist in vielen Kreisen unbekannt – doch unser Land war verstrickt in Sklavenhandel und Kolonialismus. Bis heute wirken diese Strukturen nach: durch strukturellen Rassismus, Überausbeutung und eine eurozentristische Perspektive sowie bei Banken und Rohstoffkonzernen, die koloniale Muster zur Profitmaximierung nutzen.

Vorsorgen einfach erklärt

19. November 2025
19.30 – 21 Uhr, online

Weshalb lohnt es sich, einen Vorsorgeauftrag und eine Patientenverfügung aufzusetzen? In welchem Fall ist es sinnvoll, ein Testament anzufertigen oder bei Notar:innen einen Erbvertrag zu hinterlegen? In unserem Webinar erhältst du einen Überblick über die sogenannten Vorsorgeregelungen in rechtlicher, gesundheitlicher und finanzieller Hinsicht (mehr dazu auf Seite 17).

Massnahmen gegen die Wohnungskrise

Dienstag, 9. Dezember 2025, 19.30 Uhr, Gartenhofstrasse 15, Zürich
Mit Fiona Kauer (Sozialanthropologin), Martin Tschirren (Direktor Bundesamt für Wohnungswesen) und Andreas Wirz (Präsident Wohnbaugenossenschaften Zürich)

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist extrem angespannt, auf der Mehrheit der Städter:innen lasten die Mieten schwer, viele werden verdrängt. Ärmere Personen sind weit stärker betroffen. Der nationale Aktionsplan umfasst zwar zahlreiche Massnahmen, doch wie wirkungsvoll sind diese und wann greifen sie? Gemeinsam suchen wir nach Lösungen.

Bildungsanlässe für Vorstände und Behördenmitglieder

Als Sektion eine erfolgreiche Kampagne führen

14. Dezember 2025
19 – 20 Uhr, online
Für Präsidien und Vorstände von Sektionen

Gute Kampagnenarbeit ist entscheidend im Vorfeld einer Abstimmung und für politischen Erfolg – das haben wir als SP in der Vergangenheit oft bewiesen. Gerade für Sektionen sind Kampagnen ein wichtiges Handwerk. Angelehnt an das Sektionshandbuch und Best-Practice-Beispiele zeigen wir auf, was für eine erfolgreiche Kampagne beachtet und was vermieden werden soll.

Fragestunde zur Website

8. Dezember 2025
12 – 13 Uhr, online
Für Website-Verantwortliche

In dieser Fragestunde zur WordPress-Plattform der SP Schweiz erhalten die Teilnehmenden Antworten auf ihre konkreten Fragen und lernen von den Fragen ihrer Kolleg:innen. Diese Fragestunde wird zur Unterstützung der Website-Verantwortlichen in Sektionen und Kantonalparteien angeboten.

www.spschweiz.ch/bildung

Hier anmelden!

AZB
CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG

links | Mitgliederzeitung der SP Schweiz (Retouren an: SP Schweiz, Postfach)